

## Parteilinie und Machtmissbrauch

Innerhalb des Spannungsfeldes Wahlbürger, Partei und politisches Mandat gibt es unterschiedliche Möglichkeiten des Machtmissbrauchs.

Um einen exemplarischen Fall von Machtstreben geht es in dem über 400 Seiten starken Tatsachenbericht von Volker Zastrow: *Die Vier*, Hg. Rowohlt: Berlin 2009. – Sie wissen: *Die Vier*, das sind die hessischen Landtagsabgeordneten Dagmar Metzger, Jürgen Walter, Silke Tesch und Carmen Everts, die vor einer möglichen Wahl von Andrea Ypsilanti zur Ministerpräsidentin im November 2008 ihre Stimme öffentlich (Pressekonferenz) verweigerten, als Ypsilanti sich - entgegen ihrem Versprechen – mit Hilfe der Linken zur Ministerpräsidentin wählen lassen wollte. Rot-Grün hatte keine Mehrheit im Landtag gewonnen. Dank ausführlicher Recherchen und als hervorragender Kenner der politischen Szene schrieb Zastrow ein interessantes und wichtiges Buch, das das Wirken von Politikern und Partei (SPD) auf den Prüfstand stellt.

Die Vier werden als sehr unterschiedliche Charaktere dargestellt. Jeder Einzelne hat jedoch, bewusst oder unbewusst, die eigene Karriere aufs Spiel gesetzt: Keiner von ihnen trat zur nächsten Wahl wieder an, alle wurden sehr schnell ihrer Funktionen innerhalb der Fraktion enthoben. Carmen Everts trat 2010 aus der Partei aus. Alle Vier bekamen auch sonst die Macht der Partei zu spüren, welche sich um ihre Möglichkeiten gebracht sah. In der Bevölkerung genossen die Vier dagegen Sympathie, und die Wähler strafte die SPD Januar 2009 bei der notwendig gewordenen Neuwahl mit Stimmentzug. Bruch des Wahlversprechens und das narzisstische Verhalten von Andrea Ypsilanti kosteten 13 Prozentpunkte; die SPD stürzte von 36,7% auf 23,7% der abgegebenen Stimmen. Die CDU gewann mit Roland Koch an der Spitze nur 0,4 Prozentpunkte hinzu und kam auf 37,4%. FDP und Grüne legten stark zu. Die Wahlbeteiligung sank von 64,3 auf 61 %. Später, am 31. August 2010, übernahm Volker Bouffier auf Vorschlag von Koch das Amt des Ministerpräsidenten von Hessen. Koch hatte seinen freiwilligen Rücktritt lange angekündigt.

Zastrow beschreibt die Reaktion der Partei auf die Abweichler: „341 Delegierte hatten eine Regierungsbildung mit Hilfe der Linkspartei gutgeheißen. Die mussten nun zusehen, wie gerade einmal vier Personen verhinderten, dass die große Mehrheit ihren Willen bekam. ... Und viele empfanden das als Verhöhnung. Was war das Mehrheitsprinzip, dem auch die demokratische Willensbildung in den Parteien unterliegt, unter solchen Umständen noch wert? Wie die Demokratie insgesamt muss auch eine Partei erwarten können, dass sich Minderheiten mit Niederlagen abfinden. Parteien sind darauf in besonderem Maße angewiesen. ... Wer diese Geschlossenheit aufbricht, schadet seiner Partei. Er kämpft gegen die eigenen Leute statt gegen die anderen. So ein Verhalten ist verwerflich. Und damit fallen die Fesseln der Wut bei denen, die ihren Willen nicht bekommen. ... Den seit 10 Jahren heißersehten Machtwechsel in Hessen. Und alles, was daran hing: an Geld, an Posten, an Plänen.

... Die Wut genügt sich selbst und wischt alles andere beiseite. Als erstes muss die Wahrheit dran glauben.“ (S. 54/55)

Hier muss man aber auch fragen: Was sind 341 Stimmen von SPD-Delegierten gegen den Bruch des Wahlversprechens? Bedeutet dieses gar nichts, obwohl doch das Volk laut Verfassungstext (Art. 20,2) der eigentliche Souverän ist – auf dem Papier!?! Und heißt es doch auch im Grundgesetz, dass der Abgeordnete nur

seinem Gewissen verantwortlich ist (Art. 38,1). Diesen Artikel nehmen die Parteien nur sehr ungern zur Kenntnis, und doch ist er wichtig, weil er für die nötige Toleranz und Ausgewogenheit im Staats- und Parteiengefüge steht. Hier tut sich eine Diskrepanz zur Verfassung auf. Auch zeigt die Nichtachtung dieses Grundgesetz-Artikels einen Mangel an Demokratie, die doch auch für Parteien, ihr Handeln und ihre Statuten oberste Richtschnur sein muss (s. Art. 21). Demokratische Vorbilder wünscht sich der Wähler, er sieht aber Machtbesessenheit und Streben nach Posten. - Man darf gespannt sein, ob er im Mai 2012 bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein noch den Skandal um Christian von Boetticher im Kopf hat; dieser wurde im August 2011 von seinem Landeschef abserviert.

Der Bürger wird nicht vergessen, wenn ständig mit seinem Vertrauen Schindluder getrieben wird. Gewiss: Viele Politiker sind gut, tüchtig, fleißig, doch mittelmäßig begabte Funktionäre mit ausgeprägten Ellenbogen mindern die Akzeptanz der Politiker beim Volk. Diese Art Funktionäre ist nicht so selten; allerdings fehlen natürlich Statistiken, aber die Zahl der Affären und Skandale spricht für sich. Eine etwas elegantere Variante stellen die Taktiker dar, die sich mit den Tricks und Finessen des Machterhalts auskennen. Unwillkürlich denkt man an Christian Wulff, den ehemaligen Landespolitiker, der den Vorbildcharakter nicht ausfüllt, durch den sich das Amt des Bundespräsidenten auszeichnet.

CDU und Kanzlerin hatten sich aus machtpolitischem Kalkül für Wulff entschieden, obwohl es andere KandidatInnen gab, z.B. die Arbeitsministerin von der Leyen oder insbesondere Joachim Gauck. Er hätte auch Angela Merkel gut gepasst, wäre er nicht für SPD und Grüne angetreten. Es bleibt abzuwarten, ob die Kanzlerin weiterhin hinter Wulff steht, zumal keine Partei schon wieder eine Präsidentenwahl will (Stand 6. Januar 2012). Auf jeden Fall ist Christian Wulff im Vergleich zu Christian von Boetticher die geschmeidigere, windschnittigere Variante. Beide hatte man in Höhen gehievt, in denen sie als Person überfordert schienen bzw. scheinen.

Gerade in einer Zeit, in der sich die Schere zwischen arm und reich weiter öffnet und politischer Radikalisierung den Weg bereitet, sind Vorbilder wichtig. Wir brauchen Politiker mit Toleranz und Augenmaß, wie z.B. Hannelore Kraft, die erfolgreich und unaufgeregt in Nordrhein-Westfalen regiert, obwohl sie über keine feste Mehrheit im Parlament verfügt. Die parlamentarische Demokratie funktioniert ohnehin nur, wenn die einzelnen demokratischen Parteien – nur von ihnen ist hier die Rede – zwar Konkurrenten bei der Wahl und in ihren Programmen sind, aber keine fundamentalen Gegner.